

Amts-Blatt

der Königl. Preuß. Regierung zu Frankfurt a. O.

Band 34.

Ausgegeben Mittwoch den 25. August.

1909.

Inhalt:

Zentralbehörden: Ausführungsbest. z. Tabaksteuergesetz S. 225.

Regierungspräsident: Statistik der Heilbehandlung bei Versicherungsanstalten S. 225. — Ländliche Fortbildungsschulen S. 226. — Gebrauch d. roten Kreuzes S. 226. — Märkte in Sorau S. 226. — Kollekte S. 226. — Auktionsabenschluß in Budow S. 226. —

Bezirksveränderungen S. 226. — Instandsetzung der Spree-Ober-Wasserstraße S. 226.

Audere Behörden: Postalisches S. 226. — Schifffahrtssperre S. 227. — Eisenbahnbauabteilung in Meseritz S. 227.

Personalnachrichten S. 227. **Freie Lehrerstellen** S. 228. **Nichtamtliches:** S. 228.

Zentralbehörden.

681.

Bekanntmachung.

Nach den von dem Bundesrat am 24. Juli d. Js. beschlossenen Ausführungsbestimmungen zu Art. IIIa des Gesetzes vom 15. Juli 1909 wegen Abänderung des Tabaksteuergesetzes haben Zigaretten- und Zigarettenpapierfabrikanten und -händler alle am 31. August d. Js. am Schlusse der Geschäftsstunden in ihrem Besitze befindlichen Steuerzeichen für Zigaretten und Zigarettenhüllen spätestens am 3. September d. Js. an die Hebestellen zurückzuliefern.

Für das dabei einzuhaltende Verfahren sowie hinsichtlich des für die zurückgelieferten Steuerzeichen, die unbeschädigt sein müssen, zu gewährenden Ersazes ist bestimmt, daß der Hebestelle eine Aufstellung der umzutauschenden Steuerzeichen unter Benutzung des mit der Aufschrift „Rücklieferungszettel“ zu versehenen Bestellzettelmusters neben einem Bestellzettel für die an ihrer Stelle gewünschten Steuerzeichen vorzulegen ist. Statt des Umtausches kann mit Genehmigung der Direktionsbehörde eine Rückzahlung des für die Steuerzeichen entrichteten Betrages erfolgen, wenn ein Fabrikant die Herstellung oder ein Händler die Einfuhr von der Zigarettensteuer unterliegenden Waren aufgibt. Auch angebrochene Bogen oder einzelne Steuerzeichen können unter Absetzung etwa überschießender Bruchteile eines Pfennigs umgetauscht oder erstattet werden.

Für später zurückgelieferte Steuerzeichen findet ein Ersatz nicht statt.

Vom 1. September d. Js. ab dürfen Zigaretten und Zigarettenhüllen aus der Erzeugungsstätte oder dem Zollgewahrsam nur dann entfernt werden, wenn sie mit Steuerzeichen versehen sind, die durch einen in roter Farbe hergestellten Aufdruck „Gesetz von 1909“ gekennzeichnet sind.

Zigaretten und Zigarettenhüllen, die vor dem 1. September d. Js. aus ihren Erzeugungsstätten oder aus dem Zollgewahrsam entfernt worden sind, bedürfen einer Aenderung der an ihnen angebrachten Steuerzeichen nicht.

Fabrikanten, die am 1. September d. Js. noch mit alten Steuerzeichen versehene Zigaretten in den Erzeugungsstätten haben, kann von dem Hauptamt ausnahmsweise gestattet werden, diese Zigaretten ohne Aenderung der Steuerzeichen gegen Zahlung des Unterschieds zwischen den früheren und den neuen Steuerzügen aus der Erzeugungsstätte zu entfernen.

Berlin, den 2. August 1909.

Der Finanzminister.

Im Auftrage gez. Köhler.

Regierungspräsident.

(Bezirksauschuß.)

682. Das Reichsversicherungsamt wird wiederum eine Statistik unter dem Titel „Statistik der Heilbehandlung bei den Versicherungsanstalten und zugelassenen Kasseneinrichtungen der Invalidenversicherung für die Jahre 1904, 1905, 1906, 1907, 1908“ veröffentlichen und zwar als 1. Beiheft zu den amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamts für das Jahr 1909. Die Statistik gibt Aufschlüsse über die Leistungen der Versicherungsträger, stellt den Umfang (Art und Kosten) und die Erfolge der Behandlungen dar, und zwar getrennt nach den beiden Gruppen „Lungentuberkulose“ und „andere Krankheiten“.

Für die bis zum 1. Oktober 1909 beim Reichsversicherungsamt unmittelbar eingehenden Bestellungen ist ein Vorzugspreis von 3 M. festgesetzt. Bei Zahlung durch Postanweisung ist kein Bestellgeld zu entrichten. Bei Nachnahmesendungen wird das Porto für Rückleistung des Geldbetrages mit 10 bezw. 20 Pfg. erhoben werden. Der Ladenpreis wird

sich wie bisher auf 4 M. stellen. Das die Statistik enthaltende Beiheft wird auch den Beziehern der Amtlichen Nachrichten nicht unentgeltlich geliefert, muß vielmehr von ihnen besonders bestellt werden.

Da die Statistik auch für weitere Kreise, namentlich für Leiter und Ärzte von Heilstätten, Genesungsheimen, Krankenhäusern und Badeverwaltungen, sowie für beamtete Ärzte und sonstige mit der öffentlichen Gesundheitspflege befaßte Personen und Stellen (auch Militärärzte) Brauchbares bieten dürfte, wird auf das Erscheinen dieses Beiheftes besonders hingewiesen.

Frankfurt a. O., den 16. August 1909.

(I. D. 456/09.) Der Regierungspräsident.

683. Im Anschluß an meine Verfügung vom 29. Juli 1909 — I Bg. 4354 — (M.-Bl. S. 199) teile ich mit, daß sich der Verlag auf Ersuchen des Herrn Landwirtschaftsministers bereit erklärt hat, für die Gemeindebehörden und andere amtliche Stellen den Jahresbezugspreis der „Zeitschrift für das ländliche Fortbildungsschulwesen“ auf 4,50 M. (ausschließlich des Portos oder Postbestell- und Zustellungsgebühren) zu ermäßigen, sofern die Bestellung durch Vermittelung einer staatlichen Behörde — in der Regel wohl des Landratsamts — und seitens dieser direkt bei der Deutschen Landbuchhandlung erfolgt.

Ich ersuche die Herren Landräte, denen inzwischen ein Probeheft der Zeitschrift zugegangen sein wird, die beteiligten Gemeindevorstände entsprechend zu benachrichtigen.

Frankfurt a. O., den 17. August 1909.

I Bg. 4574. Der Regierungspräsident.

684. Die Herren Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten u. des Innern haben den freiwilligen Sanitätskolonnen in Friedland N.-L., Bübbenau und Soldin die Erlaubnis zum Gebrauch des Roten Kreuzes erteilt.

Frankfurt a. O., den 20. August 1909.

(I. A. 4328.) Der Regierungspräsident.

685. Die für den 14., 15. und 16. September 1909 in Aussicht genommenen Kram-, Vieh- und Pferdemärkte in Sorau N.-L. sind auf den 21., 22. und 23. September 1909 verlegt worden.

Frankfurt a. O., den 20. August 1909.

(I. Bg. 4632.) Der Regierungspräsident.

686. Dem evangelisch-kirchlichen Hilfsverein zu Potsdam ist die Genehmigung erteilt worden, im Jahre 1910 bei den evangelischen Haushaltungen der Provinz Brandenburg eine Hauskollekte abzuhalten.

Frankfurt a. O., den 24. August 1909.

Der Regierungspräsident.

687. Nachdem eine größere Zahl von Gewerbetreibenden die Anordnung des Ahtuhrablenschlusses für die offenen Verkaufsstellen der sämtlichen Ladengeschäfte während des ganzen Jahres mit Ausnahme

der Sonnabende in der Stadtgemeinde Budow beantragt hat, wird hiermit bekannt gemacht, daß der Herr Bürgermeister in Budow von mir zum Kommissar behufs Feststellung der gemäß § 139 f Abs. 1 der Gewerbeordnung in der Fassung vom 26. Juli 1900 erforderlichen Zahl von zwei Dritteln der beteiligten Geschäftsinhaber ernannt worden ist.

Frankfurt a. O., den 18. August 1909.

(I. Bg. 4546.) Der Regierungspräsident.

688. Durch Beschlüsse der zuständigen Kreisassessoren sind die nachbezeichneten Grundstücksparzellen umgemeindet worden:

Im Kreise Calau: Kartenbl. 1 Nr. 1064/105 u. 1065/105 a. d. Gutsbez. Altdöbern n. d. Gemeindebez. Altdöbern, Kartenbl. 1 Nr. 1095/263 u. 1096/263 a. d. Gemeindebez. Altdöbern n. d. Gutsbez. Altdöbern;

im Kreise Guben: Kartenbl. 1 Nr. 649/163, 650/163, 652/162 u. 653/162 a. d. Gutsbez. Stift Neuzelle n. d. Gemeindebez. Diehlo u. Nr. 828/7 n. d. Gemeindebez. Schlagen;

im Kreise Luckau: Kartenbl. 1 Nr. 88/10, 65/14, 70/14, 92/14, 93/14, 103/14, 104/14, 82/10, 84/10, 90/10, 119/10, 91/10 u. 89/10 a. d. Gutsbez. Polen n. d. Gemeindebez. Sallgast, Parz. 98/84 a. d. Gemeindebez. Sahnendorf n. d. Gemeindebez. Kirche u. Kartenbl. 1 Nr. 86, 134/84, 136/97, 142/99 u. 140/101 a. d. Gutsbez. Fürstlich Drehna n. d. Gemeindebez. Pademag;

im Kreise Lebus: Kartenbl. 3 Nr. 174—178 a. d. Gemeindebez. Jahnfeld n. d. Gutsbezirk Jahnfeld.

Frankfurt a. O., den 20. August 1909.

(I. C. 1806.) Der Regierungspräsident.

689. Nachdem der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten die Ausführung der Vorarbeiten für die Vertiefung und Verbreiterung der Spree-Ober-Wasserstraße von Groß-Tränke bis zum inneren Fürstberger See verfügt hat, wird gemäß Nr. 5 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 angeordnet, daß die Besitzer der in Betracht kommenden Grundstücke deren Betreten, Vermessen und alle sonstigen Handlungen von den damit beauftragten Personen zu dulden haben.

Frankfurt a. O., den 16. August 1909.

Namens des Bezirksausschusses.

Der Vorsitzende. J. B.: Pollack.

Anderer Behörden.

690. Von der im Kurzbureau des Reichs-Postamts neu bearbeiteten Post- und Eisenbahnkarte des Deutschen Reichs ist jetzt das Blatt XII erschienen.

Das Blatt umfaßt den nördlichen Teil von Württemberg und Bayern, den westlichen Teil von Hessen, sowie die Thüringischen Staaten.

Das Blatt kann im Wege des Buchhandels zum Preise von 2 Mark für das unausgemalte Exemplar und von 2 Mk. 25 Pf. für das Exemplar mit

farbiger Angabe der Grenzen von dem Geo-Verlage (Berliner Lithographisches Institut Julius Moser, Berlin W. 35, Potsdamerstraße 110) bezogen werden. Berlin W. 66, den 15. August 1909.

Der Staatssekretär des Reichspostamts.

691. In Gartow (Neumark) ist eine Telegraphenanstalt mit öffentlicher Fernsprechkstelle eröffnet worden.

Kaiserliche Oberpostdirektion zu Frankfurt a. O.

692. Wegen der Wiederherstellung der Freiarbeite bei Gr.-Tränke, der Ausführung von Dichtungsarbeiten im Kanalbett und der Instandsetzung der Schleuse Gr.-Tränke wird die Spree-Ober-Wasserstraße von Gr.-Tränke bis Wernsdorf in der Zeit vom 9. Dezember 1909 bis zum 5. März 1910 für die Schifffahrt und Flößerei gesperrt.

Potsdam, den 10. August 1909.

Der Regierungspräsident als Chef der Verwaltung der Märkischen Wasserstraßen.

693. Die für den Bau der Nebeneisenbahn von Topper nach Meseritz eingerichtete Bauabteilung in Meseritz wird infolge vollendeter Bauausführung mit dem 30. September d. Js. aufgelöst.

Posen, den 14. August 1909.

Königliche Eisenbahndirektion.

Personalnachrichten.

694. Des Königs Majestät haben den zweiten Bürgermeister der Stadt Guben, **Sachse**, in gleicher Amtselgenschaft auf fernere zwölf Jahre zu beständigen geruht.

695. Dem Oberbahnhofsvorsteher **Philipp** ist die Verwaltung des Bahnhofes Dobrilugk-Kirchhain übertragen worden.

696. Uebertragen dem Postinspektor **Heinemann** in Güttrin 2 die Verwaltung der Vorsteherstelle bei dem Postamt I in Eisenberg (Sachf. Alt.)

697. Im Kammergerichtsbezirk (Zuli) Lg., Ag. = Land-, Amtsgericht, B = Berlin. Kammergericht. Ag.-Rat Wienskowski ist z. Oberverwaltungsger.-Rat u. Oberlandesger.-Rat Schweighöfer aus Königsberg i. Pr. z. Ag.-Rat ernannt worden. Landgerichte u. Amtsgerichte. Ernannt z. Lg.-Dir. b. Lg. II B Lg.-Rat Dr. Vanger, z. Lg.-Rat Rechtsanw. u. Notar Ferber aus Senftenberg b. Lg. I B, z. Landrichter Ger.-Aff. Dr. v. d. Groeben b. Lg. Neu-Ruppin, z. Amtsricht. der Ger.-Aff. Beck b. Ag. Forst i. L., z. Handelsr. die Kaufleute Ludw. Schlesinger i. B, Walter Quinde i. Groß-Lichterfelde u. d. Fabrikbes. Hans Schuppmann i. Charlottenb. b. Lg. I B, z. Adv. Handelsr. Kommerzienrat Ernst Stangen i. B, Kaufleute Herm. Eisenberg i. Schöneberg, Zul. Markwald i. Dt.-Wilmsdorf, Berthold Rirstein i. B, Bankier Alfred Falkenheim i. B b. Lg. I B. Pensioniert Ag.-Räte Ernst Matthies, Friedländer v. Ag. B Mitte, Lg.-Rat Grodzicki a. Neu-Ruppin. Verliehen der Rose Adlerorden V. Kl. d. Lg.-Rat Eugen Loewe v. Lg. I i. B

u. d. Ag.-Rat v. Lukowicz i. Rheinsberg. Ver-
setzt Staatsanw.-Rat Triebel a. Neu-Ruppin n.
Halle. Entlassen a. s. Antrag Staatsanw. Geras
v. Lg. III i. B. Staatsanw. Dr. Ernst Rosenfeld b.
d. Staatsanwaltschaft. I i. B. ist die Genehm. z. An-
nahme u. Anleg. des von Seiner Kgl. Hoheit d.
Großherzog v. Baden ihm verl. Ritterkreuzes I. Kl.
des Ordens vom Zähringer Löwen erteilt. Ernannt
z. Amtsanwalt Stadtschr. Zeller i. Wittenberge,
z. ständ. Amtsanw.-Stellv. Polizeischr. Scheelebenda,
z. Amtsanw.-Stellv. Ag.-Schr. Krug i. Beelitz,
Ratmann Thiele i. Mittenwalde. J. d. Liste
d. Rechtsanw. s. eingetr. d. Rechtsanw. Dr. Gold-
baum a. Charlottenburg b. d. Ag. daf., Dr. Philipp
v. Lg. I b. Ld. II i. B, der früh. Rechtsanw.
Georg Sternberg b. Ag. i. Charlottenburg m.
d. Wohnsitz i. Dt.-Wilmsdorf, die früh. Ger.-Aff.
Johannes Lehmann b. Ag., Richard Lange b.
Lg. I i. B, die Ger.-Aff. Edner b. Lg. I i. B,
Georg Miethe b. Lg. II i. B. J. Notaren s.
ernannt: Rechtsanw. Bohnstedt i. Luckau u.
Rehring i. Senftenberg. J. d. Liste d. Rechtsanw.
gelöst: Rechtsanw. Dr. Gustav Neuhaus b. Ag.
i. Charlottenburg. Verstorben: Rechtsanw. u. Notar,
Justizr. Ad. Dsk. Stargardt i. B. Verliehen
d. Charakter als Justizr.: Rechtsanw. u. Not. Fahle
i. Schwiebus, Schönsfeld, Hans Raekell, Dr. Arthur
Rosenthal, Preibisch u. Schlomann i. B,
Walthers Schulze i. Königs-Wusterhausen, d. Rechts-
anw. Dr. Flatau, Eschenbach, Dr. Franz Foers,
Gutfeld, Jarecki u. Dr. Boernei. B. J. Ger.-
Aff. s. ern. d. Referendare: Felix Haus, Gutt-
stadt, Emil Bartels, Dr. Riesow, Dr. Wun-
derlich, Hans Fabricius, Dr. Joh. Schröder,
Gerhard Sahse, Daase, Dr. Liebegott, Bredahl,
Struensee. Ger.-Aff. Leminski ist entlassen.
J. Referend. s. ernannt d. Rechtskand.: Temor, Döh-
ring, Klupmann, Erwin Schütze, Roehn, Eller,
Max Busch, Erich Salomon, Wachsmann,
Fentig, Hans Jacob, Graf von Strachwitz,
Ludwig Schulze, Büchting, von Graevenitz,
Kudolf Otte, Menge, Mewaldt Evert, Georg
Schneider, Mielert, Adolf Heise, Supper,
Heinrich Keller, Consbruch, Kurt Morgenstern,
Martin Hoffmann, Brieske, Bng. Entlassen
Ref. Rogge, Dr. Harry Krause, Walter Grell,
Döhrring, Otto, Bermuth, Adolf Meyer,
Ausgeschieden Ref. Dr. Kornfeld. Mittlere
Beamte. Ernannt s. Ag.-Schr. Wiepkorn z. Rech-
nungsrevisor b. Ag. B-Mitte, z. Gerichtsschreiber
d. Aktiare Busse v. Ag. B-Weßd. i. Neuwedel,
Ad. Grünthal v. Lg. III B i. Bübben, z. Gef-
ängnisinspektor die Insp.-Affist. Otto Schmidt v.
Stadtvoigteigef. B i. Posen, Conrad a. Blögen-
see i. Lnf. J. Gef.-Insp.-Affist. der ständ. Insp.-Geh.
Moldenhauer i. Preuß.-Holland b. Gef. i. Friede-
berg, d. Insp.-Geh. Stroboll v. Stadtvoigteigef. i.
B b. Strafgef. Blögensee. Es ist beigelegt d. Titel

als Ger.-Schr. d. Eg.-Assist. Moes, Wiese, Silberbrand b. Egd. I B, d. Ag.-Assist. Kuhse, Hammel, Siebert, Matschke b. Ag. B-Mitte, Gasse u. Thiem b. Ag. B-Tempelhof, Murawski i. Spremberg, Schulze i. Charlottenb., Benn i. Landsb. a. W., Bloch i. Freienwalde a. D., Garbe i. Wittstock, als Kanzleischr. d. Kanzl.-Insp. Gartmann i. Frankfurt a. D., d. Ag.-Kanzl. Splittgerber, Weyer, Brand u. Herwig, d. Eg.-Kanzl. Gogoll i. Neu-Ruppin, Daehne i. Potsdam, Schreck u. Schöber B, Ag.-Kanzl. Bauer u. Gleffe b. Ag. B-Mitte, Staatsanw.-Kanzl. Riedler i. Prenzlau, Bahn i. B. Versetzt ist Sechr. Frenzel v. Staatsanw. I i. B a. Ag. B-Webb. Pensioniert Rechnungsrevisor, Rechnungsrat Schröter b. Eg. i. Guben u. Ag.-Schr., Rechnungsrat Hirschkorn b. Ag. B-Mitte.

698. Der Professor an der Oberrealschule zu Mühlhausen i. Th. Franz **Beckold** ist vom 1. Oktober d. Js. ab als Professor an der Realschule zu Cottbus angestellt worden.

699. Der Seminardirektor Leopold Ottomar **Mosenthin** in Neuzelle ist zugleich zum Oberpfarrer der Pfarodie Neuzelle, Diözese Guben, bestellt worden.

700. Dem Küster u. l. Lehrer Albert **Ninnesmann** in Gottschimmerbruch, Diözese Friedeberg (Neumark), ist der Titel „Rantor“ verliehen.

701. Erledigt wird das vereinigte Subdialonat und Rektorat privaten Patronats zu Lübbenau, Diözese Calau, durch Abgang des Subdialonus und Rektors **Höhrich** zum 1. Oktober d. Js. Die Stelle fällt nicht unter das Pfarrdienstinkommensgesetz.

Lehrerstellen.

702. Kreis Arnswalde: zum 1. 10. 09: Stolzenfelde, R. u. L. Kreis Calau: Groß-Roschen, 2. L., Weiffagel bei Betschau, L. Kreis Cottbus: Rahren, R. u. L. Kreis Königsberg Nm.: Dobberphul, R. u. L., Karlsbiese, R. u. L., Kiez, L., Rehndorf, R. u. L., Kreis Soldin: Ruwen, R. u. L.

Bewerbungen sind an die Königl. Regierung, Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen, zu richten.

Nichtamtliches.

703. Behufs planmäßiger Tilgung der auf Grund des Allerhöchsten Privilegiums vom 14. November 1892 ausgegebenen 4 %igen Anleihe Scheine III. Emission der Stadt Frankfurt a. D. sind am 15. März d. Js. nachstehende Stücke zur baren Rückzahlung am 1. Oktober d. Js. durch das Los bestimmt worden:

Buchstabe A	über 5000 M.	die Nummern 6, 42,
B	2000 "	die Nummer 145,
Buchstabe C	1000 "	die Nummern 250,
		335, 378, 405,
D	500 "	die Nummern 505,
		766, 781, 858, 887,
		909, 917, 939,
E	200 "	die Nummern 985,
		1010, 1122, 1138.

Die Auszahlung dieser Anleihe Scheine erfolgt zu ihrem Nennwerte vom 1. Oktober d. Js. ab gegen Rückgabe des Anleihe Scheins und der Zins Scheine bei unserer Kammereikasse und hört die Verzinsung mit diesem Tage auf.

Von den bereits früher ausgelosten Anleihe Scheinen sind:

Buchstabe E	Nr. 1114 a	200 Mark,
B	91 a	2000 Mark,
D	515 a	500 Mark

noch nicht zur Einlösung präsentiert.

Die Inhaber dieser Nummern werden aufgefordert, die Einlösung bei unserer Kammereikasse zu bewirken.

Frankfurt a. D., den 17. März 1909.

Zu VI. Nr. 2857.

Der Magistrat.

704. Die Verwaltung der Baukasse der Oberstrombauverwaltung in Crossen a. D. soll vom 1. Oktober 1909 ab einer im Kassen- und Lohnzahlungsweise erfahrenen Person übertragen werden. Für die Vergütung sind die Bestimmungen der Königl. Verordnung vom 21. Juni 1905 (S.-S. 1905 S. 319/322) maßgebend. Bewerbungsgesuche nebst Lebenslauf, Beschäftigungs- und Führungszeugnissen werden von dem Unterzeichneten baldigst erbeten.

Crossen, den 20. August 1909

Der Königl. Wasserbauinspektor.

705. Die Grube Germania beabsichtigt den öffentlichen Weg, welcher von Lössgen nach Kleindeuplig führt, den sogenannten Rentenweg zu verlegen, um ihn auszufüllen. Der neue Weg soll am Rontor vorbei über die Grubenfelder der Germania gehen und an der Ecke des früher Rubbeinschen Grundstückes auf den alten Weg wieder einmünden. Zeichnung und Lageplan liegen im hiesigen Amtslokal zu jedermanns Einsicht öffentlich aus. Einsprüche gegen die Verlegung des Weges sind innerhalb 4 Wochen hier selbst anzubringen.

Groß-Deuplig, den 15. August 1909.

Der Amtsvorsteher.

706. Die Niederlausitzer Kohlenwerke zu Berlin, Betrieb Grube Victoria zu Groß-Rätschen, beabsichtigen den öffentlichen Kommunikationsweg von Rauno nach Dobritsch, in Raunoer Gemarkung, zwecks Ausfüllung anderweit zu verlegen und zwar soll der Ersatzweg südlich des jetzigen Weges hergestellt werden. Dies Vorhaben wird gemäß § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 zur öffentlichen Kenntnis gebracht mit dem Bemerken, daß der Plan, welcher die Lage des einzuziehenden Wegeteiles angiebt, im Amtsbüro hier zur Einsicht ausliegt. Einsprüche gegen diese Wegeverlegung sind binnen 4 Wochen zur Vermeidung des Ausschlusses bei dem unterzeichneten Amtsvorsteher schriftlich in 2 Exemplaren oder mündlich zu Protokoll anzubringen; später eingehende Einsprüche können keine Berücksichtigung finden.

Victoriahof, den 14. August 1909.

Der Amtsvorsteher. D. Hauer.